



PROJEKTBERICHT

März 2018

Indigene und Landrechte

von Jan Erler

INHALTSVERZEICHNIS

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien	2
„518 anos depois“ ... Sonja Guajajara als erste indigene Präsidentschaftsvorkandidatin ...	2
Atlas zu Konflikten in Amazonien erschienen	3
Entwaldung am Xingu schreitet trotz Regenperiode voran	4
Gefahr für isoliert Lebende	4
Goldabbau bedroht die Kayapó	5
Eisenbahnprojekt treibt Entwaldung voran	5
Riberinhos und Munduruku wehren sich gemeinsam gegen Todesdrohungen.....	6
FIAN: Weltbank-Programm fördert Landraub im Nordosten Brasiliens	7
Indigene siegen vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte.....	7
STF-Entscheidung zur Gültigkeit des neuen Waldgesetzes - Rückschritt für die Umwelt.....	8
Das Projeto Nova Cartografia Social Amazônia (PNCSA) stärkt Autonomie von traditionellen Völkern und Gemeinschaften	10
190 Sprachen in Brasilien drohen zu verschwinden.....	11
Ashaninka-Anführer droht Kriminalisierung	12
Schwerpunktthema: Aufrechterhaltung des Dekrets zur Demarkierung von Quilombola- Territorien.....	12
Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales	15
Aktionen Kampagnen Veranstaltungen.....	15
Cine Brasil Marginal.....	15
Unterstützungsaktionen für Ashaninka-Anführer Benki Piyãco.....	15
Projektreise der Kooperation Brasilien	15
Brasilicum Nr. 248 „Wahlen, Wut, Widerstand! ...und die neue Macht des Agrobusiness“	16
Frühjahrstagung „Wahlen, Wut, Widerstand ...und die neue Macht des Agrobusiness“	16
Weitere Termine	17

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien

„518 anos depois“ ... Sonja Guajajara als erste indigene Präsidentschaftsvorkandidatin

Am 1. Februar erschien unter dem Titel „518 anos depois“ (deutsch: 518 Jahre danach) ein Manifest, in dem die Indigenen-Führerin Sonja Guajajara vom ökosozialistischen Flügel der Partei Sozialismus und Freiheit (PSOL) als Vorkandidatin für die Wahlen vorgestellt wurde.

Sonia Bone Guajajara ist Indigene vom Volk der Guajajara in Maranhão und leitende Koordinatorin des Dachverbandes Indigener Völker Brasiliens (APIB). Laut eines im sozialen Netzwerk veröffentlichten Berichtes sollte ihre Anmeldung als Vorkandidatin andere Indigene in allen Bundesstaaten mobilisieren. Gleichzeitig sollte die Debatte vorangebracht werden, dass Indigene bei den nächsten Wahlen kandidieren, um Ämter in den institutionellen Räumen, im Parlament, der Regierung und der öffentlichen Verwaltung, begleiten zu können. Damit sollte die Einnahme von Räumen beginnen, die bis heute, 518 Jahre danach (gemeint ist: nach Ankunft der ersten Europäer mit dem Portugiesen Cabral), mehrheitlich von Personen besetzt sind, die nur entfernt die Interessen der Bevölkerung und die Vielfalt des Landes vertreten oder diesen völlig entgegengesetzt agieren. Das von der PSOL verbreitete Manifest hob die außergewöhnliche Bedeutung ihres Namens für den Widerstand der Bevölkerung, insbesondere den der Indigenen und Schwarze hervor.

Am 4. März bestimmte die PSOL jedoch Guilherme Boulos von der Bewegung der Obdachlosen Arbeiter (MTST) zum offiziellen Kandidaten und Sonja Guajajara als Vice für die Präsidentschaftswahlen.



Foto: Sônja Guajajara, Quelle: siehe unten

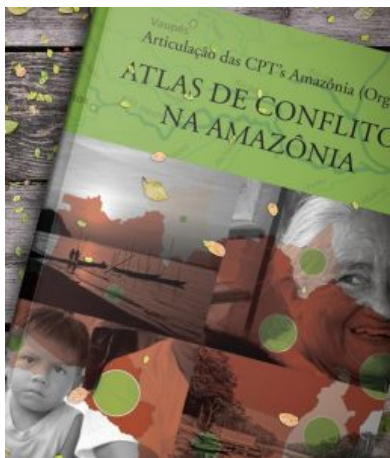
Quelle:

<http://amazonia.org.br/2018/02/518-anos-depois-a-primeira-pre-candidata-indigena-a-presidencia/>

Atlas zu Konflikten in Amazonien erschienen

Bereits im September 2017 erschien der „*Atlas dos Conflitos na Amazônia*“. Es handelt sich dabei um ein Projekt der Kommission für Landpastoral (CPT), die in neun Bundesstaaten von *Amazônia Legal* Niederlassungen unterhält: Acre, Amapá, Amazonas, Tocantins, Pará, Rondônia, Roraima, Maranhão und Mato Grosso. Der Atlas soll anhand von Karten und Grafiken bestehende Landkonflikte in den genannten Bundesstaaten veranschaulichen.

In Amazonien hat die Gewalt auf dem Land in den letzten Jahren im Landesvergleich besonders zugenommen. 2016 wurden landesweit 61 Morde in Landkonflikten registriert, 48 davon ereigneten sich in *Amazônia Legal*. 2017 wurden 65 Morde auf dem Land registriert, wovon 49 in der Amazonasregion passierten.



Die oben genannten Daten stammen aus der Publikation der CPT „*Conflitos no Campo Brasil*“, die jährlich als Printausgabe und digital erscheint. Dem „*Atlas des Conflitos na Amazônia*“ liegt jedoch ein anderer methodischer Ansatz zugrunde: Konflikte, die in den letzten Jahren in der Region bestehen blieben, werden abgebildet.

In technischer Abstimmung mit dem Dokumentationszentrum Dom Tomás Balduino der CPT und mit Beratung durch den Geografen und Professor der Universität von Montes Claros (Unimontes-MG), Gustavo Ferreira Cepolini, trug jeder Regionalsitz der CPT zur Datenerhebung für den Atlas bei. Aufgenommen wurden unter anderem Details wie Munizipien, wo ein Konflikt auftritt; Name der Gemeinschaft; Anzahl der betroffenen Familien; Identität (Landbesitzer, Landlose, Indigene, Quilombolas etc.); mit wem streiten diese um Territorien.

Quelle: <https://cptnacional.org.br/publicacoes/noticias/articulacao-cpt-s-da-amazonia/4200-atlas-de-conflitos-na-amazonia-e-disponibilizado-para-download>

[Zur Publikation: Atlas de Conflitos na Amazônia](#)

Traditionelle Völker veröffentlichen Dossier zu Wasserdelikten

Auf dem Alternativen Weltwasserforum – Fama 2018, das vom 17.-23. März in Brasília stattfand, haben Führer*innen indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften verschiedener Regionen Brasiliens das Dossier „*Violações aos Territórios Tradicionais e Crimes Contra as Águas*“ veröffentlicht. Zum Dossier:

<https://de.scribd.com/document/374527485/Dossie-Aguas-Fama-20mar2018-Versao-Final-Sandra>

Das Dossier, das vom Forschungslabor Indigene Bewegungen, Indigenenpolitik und Indigenismus und Beobachtungsstelle für Indigenenrechte (Laepi) der Universität Brasília (UnB) koordiniert wurde, liefert eine Zusammenfassung der Angriffe auf das Wasser der Flüsse Araguaia, Doce, Murucupi, São Francisco, Tapajós, Teles Pires, Uraricoera und Xingu sowie des Aquifero Guarani und der Meeresküstengebiete.

In einem Beschwerdeschreiben berichten die Völker und Gemeinschaften über Umweltschäden, Verletzungen ihrer Rechte, Verbrechen und deren Auswirkungen. Daneben werden Kämpfe, Herausforderungen und Alternativen für den Schutz der Natur und der Sicherstellung eines guten Lebens für jetzige und zukünftige Generationen vorgestellt. Außerdem fordern sie die Übernahme der Verantwortung und Reparationen für die verursachten Schäden.

„Die Gewässer sind heilige Wesen. Alle Gewässer sind ein Ganzes, das permanent in Bewegung und Veränderung ist. Das Wasser ist ein lebendes Wesen, das geachtet werden sollte. Wir sind das Wasser: Es besteht eine tiefe Einheit zwischen uns und den Flüssen, den Seen, den Lagunen, den Quellen, den Brunnen, dem Grundwasserleitern, den Nebenarmen von Flüssen, Grundwasserspiegeln, Flussmündungen und Meeren, alle sind eine Einheit“, betonen sie in dem Schreiben. [Zum Anklage-Schreiben](#)

Quelle: Cida de Oliveira (2018) von Rede Brasil Atual unter:

<http://www.redebrasilatual.com.br/ambiente/2018/03/povos-originarios-e-tradicionais-lancam-dossie-sobre-violacoes-e-crimes-contra-a-agua>

Entwaldung am Xingu schreitet trotz Regenperiode voran

Mitten im amazonischen Winter in den Monaten Januar und Februar sind im Einzugsgebiet des Xingu mehr als 6.200 ha Wald für die Landwirtschaft, Viehweiden und illegalen Goldabbau zerstört worden. Ca. 800 ha wurden innerhalb von Indigenen Territorien (TIs) und Naturschutzgebieten (UCs) gerodet. Die darin lebende Bevölkerung gerät zunehmend unter Druck. Diese geschützten Gebiete, die zum Korridor für sozio-ökologische Vielfalt Xingu gehören, sind fundamental für den Schutz von Wäldern und der traditionell besetzten Gebiete. Weitere 5.000 ha wurden in Gebieten in unmittelbarer Nähe der Grenzen des Korridors entwaldet.

Die Zahlen geben Grund zur Sorge, da die Akteure der Entwaldung bei Starkregen große Flächen in Pará und Mato Grosso abholzen. Eines Beraters der IBAMA zufolge wissen die Akteure der Entwaldung, dass sie über das Monitoring der IBAMA und anderer Organe, beobachtet werden. Diese haben deshalb begonnen in der Regenperiode, in der das Monitoring schwierig ist, zu operieren, um der Überwachung zu entgehen.

Die genannten Daten wurden von Sirad X (Sistema de Indicação Radar de Desmatamento - Xingu), dem neuen System zum Monitoring der Entwaldung des ISA (Instituto Socioambiental), aufgenommen. Sirad X ermöglicht die Entdeckung von Entwaldung im Einzugsgebiet des Xingu das ganze Jahr über, somit auch in der Regenperiode. Normalerweise ist das Monitoring des Amazonaswaldes per Satellit während der Regenperiode nicht möglich, da dann eine dicke Schicht aus Wolken die Sicht auf die Erdoberfläche verdeckt.

Gefahr für isoliert Lebende

Besonders bedrohlich ist die Situation im TI Itatá, wo freiwillig isolierte Indigene leben. Dort wurden allein im Zeitraum Januar 77 ha entwaldet. In dem Gebiet, welches weniger als 70 km von Pimental - der wichtigsten Baustelle des Staudammprojektes Belo Monte – entfernt

ist, hat sich die Waldzerstörung seit Baubeginn des Wasserkraftwerkes 2011 exponentiell verstärkt.

Nach lokalen Informationen sei der Grund für die fortschreitende Entwaldung in der TI ein Konflikt verschiedener Gruppen von *grileiros*¹ um die territoriale Vorherrschaft in dem Gebiet. Laut eines ISA-Mitarbeiters weisen Größe und Anordnung der entwaldeten Flächen darauf hin, dass es regelrechter Wettbewerb um die Aneignung des Territoriums der TI besteht.

Die TI wurde 2011 von der FUNAI gesperrt, um in Isolation lebende Indigene zu schützen. Der Zugang und Transit durch Dritte wurde eingeschränkt. Alle drei Jahre muss die Sperrung erneuert werden. Jedes mal müssen dann Indizien für isoliert Lebende nachgewiesen werden. Wenn dies nicht gelingt, geht das Land zurück in die Hände des Staates, wo es der illegalen Aneignung - *grilagem* - ausgeliefert ist.

Das TI Ituna Itatá ist von extremer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Integrität anderer Gebiete des östlichen Xinguufers – Apyterewa, Arawete/Igarapé Ipixuna und Trinchiera/Bacajá. Der Druck auf das Territorium der in Isolation Lebenden bedroht auch die anderen Gebiete. Die Umsetzung eines Plans zum Schutz der TIs ist eine Bedingung für Belo Monte, die praktisch nie erfüllt wurde.

Goldabbau bedroht die Kayapó

In den ersten beiden Monaten des Jahres wurde eine Vielzahl kleiner Polygone der Entwaldung im Inneren der TI Kayapó festgestellt. Diese sind Anzeichen, dass sich der Goldabbau in der Region ausdehnt. Im Januar wurden 23 neu für den Goldabbau gerodete Flächen entlang des Wasserlaufs entdeckt. Im Februar wurden weitere 9 Flächen gerodet, die entferntere Bereiche des Territoriums der Kayapó betreffen.

Laut Igor Ferreira, Berater der Associação Floresta Protegida (AFP) und Mitglied des Netzwerk Territorial-Monitoring des Xingu (RMTX), ist die Situation außer Kontrolle. Es sie eine Zunahme der Ausbeutung bereits etablierter Stellen und die Rodung neuer Flächen zu beobachten. Eine Operation der IBAMA im vergangenen Jahr habe kaum etwas gebracht.

Der hohe Goldpreis auf dem internationalen Markt befördert diese riskante Aktivität, die enorme Umweltschäden hinterlässt, insbesondere Mondlandschaften im Wald und die Kontamination der Gewässer mit hochgiftigen Stoffen wie Quecksilber.

Eisenbahnprojekt treibt Entwaldung voran

Die größten Entwaldungspolygone der ersten beiden Monate dieses Jahres wurden in der Region Feliz Natal in Mato Grosso festgestellt. Diese Region liegt im Einzugsgebiet des Eisenbahnprojektes EF-170, wo sich der agrarindustrielle Anbau, insbesondere von Soja, immer weiter ausdehnt.

Spezialist*innen glauben, dass es einen Zusammenhang zwischen der Spekulation mit dem Bau der Eisenbahnlinie und der verstärkten Entwaldung gibt. Mit ca. 9.000 km Länge, von Sinop (MT) zum Hafen von Miritituba (PA) soll das Projekt den neuen

¹ Landräuber

Schienenverkehrskorridor für den Export Brasiliens über den Arco Norte (deutsch: Nördlicher Bogen) konsolidieren. Laut Vorhersagen soll 2020 die Transportnachfrage über die Eisenbahnstrecke 25 Millionen t erreichen, mit einem möglichen Anstieg auf 42,3 Millionen t bis 2050.

2009 wurde Feliz Natal in die Liste der Munizipien mit Vorrang bei der Bekämpfung der Entwaldung gesetzt. Bei der Liste handelt es sich um eine Maßnahme des Umweltministeriums (MMA) zum Monitoring von Regionen, die in hohem Maße von Degradation betroffen sind. 2013 wurde die Region von der Liste genommen. Aktuell droht das Munizip Feliz Natal auf die Liste zurückzukehren.

Quelle: Isabel Harari, Instituto Socioambiental (ISA): <https://www.socioambiental.org/pt-br/blog/blog-do-xingu/desmatamento-no-xingu-avanca-mesmo-debaixo-de-chuva>

Riberinhos und Munduruku wehren sich gemeinsam gegen Todesdrohungen

von Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW)

Zwei Aktivisten die sich gegen die Staudammprojekte am Tapajós wenden werden mit dem Tod bedroht. Die Indigenen vom Volk der Munduruku erklären sich solidarisch mit den beiden Aktivisten.

Übersetzung der Solidaritätsbekundung:

Wir, das Volk Munduruku des mittleren und oberen Tapajós und das Volk Apiaká, bekunden unsere Solidarität mit den Freunden und Gefährten der Gemeinde Montanha und Mangabal, die mit dem Tod bedroht werden. Zwei großartige Gefährten: Chico Caititu (den wir Kazike Daje nennen) und Ague Pereira mussten schon aus ihren Häusern fliehen, ohne zu wissen, wann sie zurückkommen können. Die zurückgebliebenen Familien der beiden und von Pedro Braga sind sehr besorgt. Wohin soll diese Situation noch führen?

Wir wissen, dass unser Kampf zur Verteidigung des Flusses Idixidi (Tapajós) und unserer Gebiete unangenehm ist, besonders nach dem wir die Gebiete Montanha, Mangabal und Daje Kapap Eypi, eigenständig abgegrenzt haben. Die „Pariwat“- diejenigen die nicht zu diesem Ort gehören, nennen es das Indigenen-Reservat Sawre Muybu. Seit vielen Jahren werden wir mit Eindringlingen konfrontiert, die unsere Flüsse und unser Land mit illegaler Goldsuche und Abholzung zerstören. Aber umso mehr wir unsere Territorien beschützen und für unsere Rechte kämpfen, desto stärker werden wir bedroht.

Der Kampf des Volkes Munduruku und der Gemeinden Montanha und Mangabal ist ein vereinter Kampf. Zusammen besetzten wir Belo Monte, grenzten Daje Kapap Eypi, Montanha und Mangabal ab, erstellten unsere Konsultationsprotokolle, besetzten die Transamazônica, sagten den Politikern in Brasília und Itaituba, dass wir gegen die Staudämme, die Eisenbahntrasse und die Invasion der Sojaplantagen sind... wir haben schon viel gemeinsam gemacht und werden es weiterhin tun. All diese Projekte bringen den Tod und der Fluss Tapajós ist unser aller Leben. Wir, Munduruku und Ribeirinhos (andere traditionelle Anwohner*innen an Flussufern), wir sind vom selben Fluss, wir sind vom selben Blut, wir sind vom selben Wald. Wir sind zusammen auf demselben Territorium am Fluss aufgewachsen. Wer sich mit den Ribeirinhos, die an unserer Seite kämpfen anlegt, legt sich auch mit dem Volk Munduruku an, sawe.

FIAN: Weltbank-Programm fördert Landraub im Nordosten Brasiliens

In einer Pressemeldung kritisiert die Menschenrechtsorganisation FIAN das Weltbank-finanzierte Programm zur Landtitelvergabe im Bundesstaat Piauí. Dort seien in den letzten Jahren gewaltige Landflächen der lokalen Bevölkerung entwendet und von großen Agrarkonzernen in Beschlag genommen worden. Sollte das Weltbank-Programm ungeprüft fortgesetzt werden, öffne es Tür und Tor für einen gefährlichen Vorstoß von „legalisiertem“ Landgrabbing. Betroffen wären tausende von Familien. Die Zerstörung des *Cerrado* Bioms würde weiter voranschreiten.

In Piauí wurden vier Millionen ha Land privatisiert und von internationalen Unternehmen in Besitz genommen. Von Zwangsvertreibung sind 11.000 Bauern betroffen. Finanzunternehmen, darunter ausländische Pensionsfonds wie der US-amerikanische Gigant TIAA sowie Universitätsstiftungen wie die Harvard-Foundation haben Hunderte Millionen Dollar über brasilianische Zwischenhändler zum Erwerb von Agrarland in der Region investiert. FIAN zufolge zeigen interne Dokumente, dass die Weltbank über Umfang der Landnahme und ihrer Auswirkungen in der Region Bescheid weiß.

Bereits am 18. Dezember schaltete sich die brasilianische Staatsanwaltschaft ein und erteilte der Weltbank eine formelle Empfehlung zur Aussetzung des Landprogramms, die jedoch ignoriert wurde. Gleichzeitig wies die Staatsanwaltschaft auf die Notwendigkeit hin, in den bereits im Rahmen des Programms erfolgten Fällen der Verletzung von Landrechten traditioneller Gemeinschaften zu handeln.

Anlässlich der Land Conference 2018 der Weltbank forderten brasilianische Organisationen und ihre Partner von der Bank, ihre Finanzierung für das Landtitelvergabe-Programm in Piauí einzustellen.

Quelle: FIAN-Pressemitteilung (21. März 2018):

<https://www.fian.de/artikelansicht/2018-03-21-brasilien-verdraengung-laendlicher-gemeinden-durch-weltbank-programm/>

Indigene siegen vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte

von Svea Franz (KoBra)

Diesen Monat hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte zum ersten Mal über einen Fall entschieden, in dem es um indigene Ländereien in Brasilien geht. Weil der brasilianische Staat zu lange gebraucht hat, um dem Volk sein Land zurückzugeben, muss dieser eine Millionen US-Dollar an Reparationen bezahlen. Dieses Geld will die Xukuru-Gemeinde in kollektive Anlagen investieren, berichtet der Kazike Marcos. Er nimmt die Entscheidung des Gerichts mit gemischten Gefühlen aus Überraschung und Misstrauen auf. So wirklich mag er nicht daran glauben, dass das Geld wirklich bei der Xukuru-Gemeinde landet.

Marcos ist in einem gewaltsamen Kampf um Land großgeworden, in dem Versprechen keinen Platz hatten. Mit 21 Jahren übernahm er den Kaziken-Posten nachdem sein Vater 1998 von einem *fazendeiro*, der Anspruch auf Ländereien innerhalb des Reservats erhob, erschossen wurde. Dieser brachte sich im Gefängnis kurz nach seiner Festnahme selbst um.

Der administrative Prozess der Anerkennung und Demarkierung begann 1989. Die Gewaltspirale begann sich ab 1995 zu drehen, als konkretisiert wurde welche Gebiete den Indigenen zugesprochen werden sollen. Auch der Kazike Marcus hat 2003 schon ein Attentat miterlebt bei dem es mehrere Tote gab. 2005 wurde ein Vertreter der Indigenenbehörde FUNAI bei den Konflikten getötet. In dieser Phase des Prozesses wurden den Indigenen formale Eigentumstitel im Grundbuch eingetragen.

Die Ethnie der Xukuru zählt zirka 7.700 Personen, die sich auf 24 Gemeinden in der Serra do Ororubá in Pernambuco über eine Fläche von ungefähr 27.555 ha aufteilen. Der Kazike hofft darauf, dass dieser Gerichtsentschluss ein Vorzeichen auf friedlichere Zeiten ist. Das Gericht hat entschieden, dass die Regierung eineinhalb Jahre Zeit hat um die Eindringlinge von dem Land zu verbannen, die Entschädigungszahlungen an die 45 Landwirtinnen und Landwirte zu tätigen, die die Region verlassen haben und einen Fonds von einer Millionen US-Dollar auf den Namen des Xukuru Volkes zu gründen.

Der Fall der Xukuru wurde vom Indigenen-Missionsrat Cimi (Conselho Indigenista Missionário) und seinen Partnern Justiça Global und GAJOP zu Gericht getragen. Adelar Cupsinski, der als Anwalt bei Cimi tätig ist, hofft, dass der Fall in Zukunft als Musterbeispiel für ähnliche Fälle dient. Er weist auf den Fall der Guarani Kaiowá und Terena aus Mato Grosso do Sul hin, der dem Gericht derzeit vorliegt.

Quelle: El País – Brasil: Os indígenas que derrotaram o Governo brasileiro na Corte Interamericana. Verfügbar unter:

https://brasil.elpais.com/brasil/2018/03/13/politica/1520949894_800892.html?id_externo_rsoc=whatsapp

STF-Entscheidung zur Gültigkeit des neuen Waldgesetzes - Rückschritt für die Umwelt

Am 28. Februar entschied das Oberste Bundesgericht (STF) über die Verfassungsmäßigkeit des neuen Waldgesetzes (novo Código Forestal = Lei de Proteção da Vegetação Nativa). Das Gericht untersuchte 23 Punkte des Gesetzes, davon wurden 18 für verfassungsmäßig erklärt. Nur fünf Punkte, die 2013 in vier Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz von der Generalstaatsanwaltschaft und der sozialistischen Partei PSOL beanstandet wurden, bestätigte das Gericht die Verfassungswidrigkeit. Umweltschutzorganisationen wie das Instituto Socioambiental (ISA) bezeichneten die Entscheidung des Gerichtshofes als enormen Rückschritt für die Umwelt, der weitere Entwaldung fördere.

Für teilweise gegensätzliche Reaktionen bei Organisationen von Kleinbäuer*innen und Umweltschützer*innen sorgte die Bestätigung der im neuen Waldgesetz vorgesehenen Amnestie für historische Entwaldung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt: Akteure, die vor dem 22. Juli 2008 illegal entwaldeten, werden von Bestrafung sowie der Verpflichtung zur Wiederaufforstung freigesprochen. Die Aussicht auf nachträglichen Straferlass schafft nach Meinung von Vertreter*innen von Umweltschutzorganisationen wie ISA Anreize für weitere Entwaldung. Diejenigen, die Rechtsverletzungen begehen, würden belohnt und jene, die sich ans Waldgesetz halten und zum Schutz beitragen, würden bestraft.

Organisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern wie Contag und Contraf-Brasil/CUT begrüßten dagegen die Entscheidung des Gerichtshofes, Artikel 67 des neuen Waldgesetzes für verfassungsmäßig zu erklären. Der Artikel schreibt vor, dass Landgrundstücke ab einer Größe von 5 Hektar ein Schutzgebiet (*reserva legal*) in der Größe unterhalten müssen, die an natürlicher Vegetation zum 22. Juli 2008 auf dem Grundstück vorhanden war. Wäre der Artikel für verfassungswidrig erklärt worden, wären auch Kleinbäuer*innen mit kleinerem Grundbesitz verpflichtet gewesen, ein Schutzgebiet von 20%, 35%, 50% oder 80% je nach historischer Situation und geografischer Lage zu unterhalten. Eine Unterscheidung zwischen kleinen und großen Grundstückseigentümern wäre nicht erfolgt. Dies hätte nach Aussagen des Präsidenten der Contag (*Confederação Nacional dos Agricultores Familiares*), Aristides Veras dos Santos fatale Folgen für die kleinbäuerliche Produktion von Nahrungsmitteln und die Ernährungssouveränität in Brasilien gehabt². Demnach sei es für Kleinbäuer*innen mit geringem Grundbesitz besonders schwierig, der Verpflichtung zur Wiederherstellung der natürlichen Waldvegetation nachzukommen, da sie die Flächen fast vollständig zur Versorgung ihrer Familien benötigen. Es existierten ca. 1,6 Millionen Grundbesitze in der Größe bis 5 Hektar im Land³.

Als weiteren großen Rückschritt bewerteten Umweltschützer*innen dagegen, dass der Gerichtshof die Verkleinerung von Permanenten Schutzgebiete (APPs - *Áreas de Preservação Ambiental*) für verfassungsmäßig erklärte. Für Municipien mit indigenen Territorien sinkt der vorgeschriebene Flächenanteil von Schutzgebieten von 80% auf 50%, somit eine deutliche Verringerung zum vorherigen Waldgesetz. Auch die geschützten Uferstreifen von Flüssen dürfen nun schmaler sein als bisher. Der Schutz der Umgebung von Wasserquellen in einem Radius von 50 m bleibt jedoch weiterhin vorgeschrieben.

Für die Ökologin und Stellvertretende Koordinatorin vom ISA, Nurit Bensusan, öffnet die Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes die Tür für weitere Angriffe durch den Nationalkongress mit möglichen zukünftigen Rückschritten z.B. im Umweltlizenzierungsgesetz (*Lei de Licenciamento Ambiental*).

Quelle: Felipe Mascari, Rede Brasil Atual:

<http://www.redebrasilatual.com.br/ambiente/2018/03/meio-ambiente-sai-perdedor-com-o-novo-codigo-florestal-diz-especialista>

² Decisão do STF nesta quarta (28) pode ameaçar agricultura familiar.
<http://www.vermelho.org.br/noticia/308206-1>

³ Código Florestal: Contag avalia como prudente decisão do STF.
<http://www.vermelho.org.br/noticia/308229-1>

Das Projeto Nova Cartografia Social Amazônia (PNCSA) stärkt Autonomie von traditionellen Völkern und Gemeinschaften

von Uta Grunert (KoBra)

KoBra folgte Anfang März der Einladung des Projekts Nova Cartografia Social Amazônia nach Manaus im Bundesstaat Amazonas. Das Projekt ist an der Universität UEA von Manaus angesiedelt und wird von Professor Alfredo Wagner koordiniert. Parallel dazu gibt es weitere sozialgeografische Forschungsschwerpunkte in anderen Bundesstaaten, z.B. Maranhão und Pará.

Das umfangreiche [Exkursions-Programm](#) führte in drei verschiedene indigene *aldeias* im Umfeld der Millionenstadt Manaus. Die interaktive Kartenerstellung der Geografen mit den stadtnahen *comunidades* bietet indigenen Gruppen oder anderen kollektiven Identitäten ein wirksames Instrument zur Selbstverortung. Auf einer Karte repräsentiert, werden sie wahrgenommen und können teilweise ihre territorialen Rechte auf der Basis von kartiertem Material im brasilianischen Bürokratiedschungel durchsetzen.

In der Comunidade Nossa Senhora do Livramento stellt die sozialkartografische Arbeit des PNCSA die Basis für eine Publikation und Dokumentation der indigenen Spielen dar, die im April 2018 erscheinen wird. Im vergangenen Jahr hatte die *aldeia* an der Universität angefragt, ob sie für die Spiele gemeinsam eine Karte erarbeiten könnten. In Kürze wird die Dokumentation als *bulletin* zweisprachig erscheinen; auf Portugiesisch und auf Nhengatu. Zu den Spielen werden 500 Athlet*innen und etliche weitere Zuschauer*innen erwartet. Für die *aldeia* bedeuten die Spiele und ihre Dokumentation eine wichtige Anerkennung und eine Errungenschaft im Kampf um gesellschaftliche Teilhabe. Das sportliche Treffen stellt eine Demonstration indigener Kultur und neuem Selbstbewusstsein dar.

Gerade indigene Gruppen in Stadtnähe sind dem enormen Spagat zwischen der Tradition aus historischer, familiärer und kultureller Herkunft und der Konfrontation mit modernem Leben ausgesetzt. Smartphones und Internet gehören zur Grundausstattung in diesen Gruppen. Die Frage der Identität ist daher immer wieder neu zu klären. Welche Traditionen haben noch Relevanz? Welche Perspektiven bietet ihnen ein modernes Leben?

Gleichzeitig haben Karten und das Wissen um GPS und Geografische Informationssysteme eine enorme Wirkung. Sie bieten Indigenen in umkämpften Territorien die Grundlage, um autonom zu handeln. Ein bekanntes Beispiel hierfür sind die Munduruku am Rio Tapajós, die ihr Land autonom vermessen und begrenzt haben. Wenn Regierung und Verwaltung es trotz Rechtsgrundlage nicht schaffen, ihren Aufgaben mit Ausweisung und Demarkation von indigenen Territorien nachzukommen, bietet die neue Sozialkartografie die Möglichkeit zum Handeln – ehe Wirtschaftsunternehmen mit Land- oder Ressourceninteressen oder Regierungsvorhaben ihrerseits das Land in Besitz nehmen.

Schulische Bildung wurde bei allen Besuchen als fundamental wichtig beschrieben, um die jeweilige Sprache der Ethnie und die kulturellen Besonderheiten nicht zu verlieren. Am Rio Negro sprechen Hunderte von Indigenen 22 indigene Sprachen. Inzwischen sind sie auch auf Landkarten sichtbar.

Neben dem klassischen schulischen Basiswissen werden in den indigenen Schulen Hintergründe vermittelt, die indigene Rechte fundamental betreffen. Juristische Fragen, gesetzliche Grundlagen, indigene Administration und politische Zusammenhänge. Für ungeschützte Gruppen ist Fortbildung in diesen Bereichen überlebensnotwendig. Indigene

Schulen können verschiedene Dimensionen haben. An manchen Orten gleichen sie kleinen Dorfschulen, wo eine Lehrerin sehr engagiert eine Gruppe betreut, in der eine Altersspanne vom Vorschulalter bis zu Erwachsenen unterrichtet wird. Es ist beeindruckend, was hier geleistet wird. Kontextualisierte Bildung stellt daher ebenfalls ein Instrument der Stärkung indigener und kollektiver Kämpfe dar.

[Portugiesischer Bericht mit Bildern der Exkursion](#)

190 Sprachen in Brasilien drohen zu verschwinden

von Svea Franz (KoBra)

Laut dem Atlas der bedrohten Sprachen der UNESCO sind in Brasilien 190 Sprachen gefährdet. Damit belegt Brasilien den zweiten Platz, nur hinter den USA. Der Atlas wurde in Kooperation mit vielen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen erstellt. In Brasilien waren dies vor allem IPHAN, FUNAI, UNAIDS und das Museu do Indio. Kriterien zur Feststellung einer vom Aussterben bedrohten Sprache sind unter anderem: die absolute Anzahl von Sprechern und die Anzahl von Sprechern in Proportion zur Gesamtbevölkerung, die Einstellung der Sprecher gegenüber der Sprache, die Art und Qualität der Dokumentation der Sprache sowie der Gebrauch in den Medien und das Vorhandensein von Unterrichtsmaterial.

Man schätzt, dass es vor der Kolonialisierung über 1 100 Sprachen in Brasilien gab, die über die Jahrhunderte ausgestorben sind, denn die portugiesische Krone stellte den Gebrauch der indigenen Sprachen unter Strafe. Selbst während der Regierungszeit von Vargas durfte in den Schulen nur Portugiesisch gesprochen werden. Die Situation verbesserte sich erst mit der neuen Verfassung von 1988. Heute ist die größte Gefahr für die bedrohten Sprachen die Ausdehnung der Vieh- und Landwirtschaft in die indigenen Ländereien.

Eine der Sprachen, die überlebt haben, jedoch mit nur 5 verbliebenen Sprecher*innen (2006) einen kritischen Status erreichte, ist das Guatô. Die Sprache wurde vor 1940 im ganzen Südosten von Mato Grosso gesprochen. Kurz darauf wurde sie für ausgestorben erklärt. Dadurch floss keine staatliche Hilfe für deren Aufrechterhaltung mehr. Erst 1970 entdeckten Missionäre einige Indigene, die noch Guatô sprachen und den Kampf um Anerkennung weiterführten.

Von den 190 Sprachen, die die UNESCO aufzählt, sind 12 bereits ausgestorben, was bedeutet, dass es keine lebenden Sprecher*innen mehr gibt. Eine davon ist Umutina, die 2009 vom Museu do Indio noch dokumentiert wurde. Heute gibt es noch 515 Personen, die dem Volk der Umutina angehören, aber hauptsächlich Portugiesisch sprechen. Zusammen mit den Alten und indigenen Studierenden versuchen sie, das verlorene Wissen wiederzuerlangen.

Quelle: Leticia Mori, BBC Brasil: O que faz o Brasil ter 190 línguas em perigo de extinção. Verfügbar unter: <http://www.bbc.com/portuguese/brasil-43010108>

Ashaninka-Anführer droht Kriminalisierung

Gegen den indigenen Ashaninka-Anführer Benki Piyãco läuft ein Verfahren wegen vermeintlicher Verleumdung und Falschaussage beim 1. Strafgerichtshof von Cruzeiro do Sul, Acre. Ihm drohen bis zu 8 Jahren Haft.

Nach Konflikten wegen einer Landbesetzung in der Kleinstadt und indigenen Gemeinschaft Marechal Thaumaturgo in der Region Alto Juruá/Acre im April 2015 erstattete Benki Piyãco Anzeige bei der Polizei wegen Gewaltandrohungen, die er aufgrund seiner Arbeit als Umweltschützer und Funktion als Vertreter der Ashaninka-Vereinigung des Rio Amônia Apiwtxa erhalten hatte.

Die verantwortlichen Ermittler wendeten sich an die Gemeindeverwaltung und beschlossen nach Anhörung der Beschuldigten den Fall zu den Akten zulegen. Ohne Benki Piyãco oder eine andere Person der Ashaninka-Vereinigung Apiwtxa angehört zu haben, erstattete die Polizeibehörde Anzeige und erbat die Eröffnung eines Strafprozesses gegen ihn wegen Verleumdung.

Das Ministério Público Estadual nahm die Anzeige an und erhob Anklage gegen Benki Piyãco. In dem laufenden Prozess wird in Kürze ein Urteil gesprochen.

Benki Piyãcos verteidigendem Anwalt, Antonio Rodrigo Machado, zufolge, hatte der Indigene den brasilianischen Staat um Schutz für seine Leben und die Sicherheit seiner Gemeinschaft gebeten. Stattdessen sitzt er nun selbst auf der Anklagebank. Offensichtlich soll hier ein indigener Menschenrechtler kriminalisiert und mundtot gemacht werden.

Quelle: <https://racismoambiental.net.br/2018/03/16/benki-piyaco-lider-indigena-do-povo-ashaninka-pode-ser-condenado-criminalmente-por-procurar-a-policia-federal-e-relatar-ameacas/>

Schwerpunktthema: Aufrechterhaltung des Dekrets zur Demarkierung von Quilombola-Territorien

Am 8. Februar bestätigte Brasiliens Oberster Gerichtshof (*Supremo Tribunal Federal*) das Dekret 4.887/2003 mit zehn zu einer Stimme als verfassungskonform. Dieses Dekret, das im Jahr 2003 während der ersten Regierungsperiode Lulas verabschiedet wurde, regulierte zum ersten Mal die Demarkierung der Territorien der Quilombola-Gemeinschaften. Was für die Nachfahren entflohener Sklaven eine Verschnaufpause bedeutet, ist für die Regierung Temer, die Agrar-Lobby im nationalen Kongress und die nationalen Konföderationen der Vieh- und Landwirtschaft und der Industrie (CNA und CNI) eine ebenso großer Rückschlag.

Ein Jahr nach seiner Verabschiedung durch die Exekutive, wurde das Dekret von konservativen Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung in Frage gestellt. Die mitte-rechts Partei „Democratas“ konnte für ihre Verfassungsbeschwerde auf die Unterstützung der Agrarlobby zählen. Sie forderten, dass nur jene Territorien anerkannt und reguliert werden sollten, die zum Zeitpunkt der Stichtagsregelung, dem *marco temporal*, also dem Datum der brasilianischen Bundesverfassung von 1988, von Indigenen oder Quilombola-

Gemeinschaften besetzt waren. Zudem beanstandeten sie, dass nur ein Gesetz und kein Dekret die Rechte der Quilombola auf Demarkierung festlegen könne.

Ein positives Urteil des Obersten Gerichtshofes, dass das Dekret als verfassungswidrig erklärt hätte, hätte schwerwiegende Folgen gehabt. Einerseits hätte man all jenen traditionellen Gemeinschaften den Rechtsanspruch auf ihre Territorien abgesprochen, die am Stichtag nicht auf dem Territorium gelebt haben. Das wiederum hätte bedeutet, dass der Landraub, die jahrhundertlange brutale Gewalt und die Diskriminierung dieser Gemeinschaften nachträglich noch einmal bestätigt worden wäre. Andererseits hätte man damit der Fortführung moderner Sklavenarbeit in diesen und anderen Gebieten des Landes freie Bahn gemacht. Durch andauernde Blockaden der Agrar-Lobby wird die Definition moderner Sklavenarbeit durch die Legislative weiter hinausgezögert. Letzten Endes hätte eine Aufhebung des Dekrets die Invasion und räuberische Ausbeutung dieser Gebiete durch Unternehmen mit ausreichend wirtschaftlicher Macht bedeutet. Dabei würde die vorgeschriebene soziale Funktion, die ein jedes Grundstück gegenüber der Allgemeinheit erbringen muss, missachtet werden.

Aber auch die Meinungen jener Richter, die gegen den Antrag stimmten, unterscheiden sich sehr. Sechs Minister sprachen sich ausdrücklich gegen die Stichtagregelung aus. Sie wiederholten mehrfach, dass eine solche Regelung die gewaltvolle Geschichte der Quilombola und die erzwungenen Umzüge missachten würde. Viele Quilombola-Gemeinden hätten damals auch nicht die juristischen Mittel gehabt, Klagen zur Verteidigung ihrer Territorien einzureichen oder zu beweisen, dass sie vertrieben wurden.

Die Agrar-Lobby in der Abgeordnetenkammer, die maßgeblich an der Ausarbeitung der Verfassungsbeschwerde beteiligt war, gewinnt zunehmend an Einfluss. Hatte sie 2004 noch 154 der 513 Sitze, ist sie heute auf 209 angewachsen. Nilson Leitão, ein lauter Sprecher dieser Lobby und Mitglied der PSDB äußerte sich vor dem Beschluss wie folgt: „Wir haben kein Problem damit, die Rechte der Quilombola zu verteidigen, aber wir müssen es richtig machen. Das Dekret ist lückenhaft, denn es gibt jedem die Möglichkeit sich als Nachfahre von Sklaven zu erklären.“

Im gleichen Jahr der Befassungsbeschwerde unterzeichnete Brasilien das Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation, das besagt, dass der Staat nicht das Recht hat, einem indigenen oder traditionellen Volk, das sich als solches bezeichnet, seine Identität abzusprechen. Genau dies würde allerdings durch die Aufhebung des Dekrets passieren.

Diogo Cabral, der die Konflikte der Quilombola-Gemeinden in Maranhão rechtlich begleitet, erklärt, dass es sich nur zweitrangig um einen ideologischen Disput handelt. Vordergründigen gehe es um wirtschaftliche Interessen, denn anerkannte Ländereien von Indigenen und Quilombola werden vom Markt gezogen und können nicht mehr kommerziell genutzt werden.

In den Jahren 2016 und 2017 wurden sechs Quilombolas in Streitereien um Land ermordet, vier davon waren wichtige Führungspersonlichkeiten. Die Regierung versucht diese Morde als Nachbarschaftsstreits zu vertuschen. Aber Vertreter der Quilombola Gemeinden sehen einen Zusammenhang mit der Verfassungsbeschwerde und dem Anstieg der Gewalt. Soziale Bewegungen wie die CONAQ (Nationale Koordination der Quilombola-Gemeinden) und die CPT (Kommission für Landpastoral) befürchteten, dass eine Gesetzesänderung zu einer noch stärkeren Welle von Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung führen würde.

Heute existieren laut Bundesregierung 2.525 zertifizierte Quilombola-Gemeinden in Brasilien. Davon wandten sich 1.536 dem Nationalen Institut für Kolonisation und Agrarreform (Incra) zu, um den Titel ihres Landes zu erhalten. Nur 295 Gemeinden, also 11% aller staatlich anerkannten Quilombola-Gemeinden gelang es, das Dokument zu erhalten. Man schätzt, dass die Quilombola-Gemeinden etwas 7 500 km² Land besitzen, was 0,1% der Fläche Brasiliens ausmacht. Die Nationale Koordination der Artikulation von Ländlichen Schwarzen Quilombola-Gemeinden glaubt allerdings, dass in Wahrheit die Zahl der existierenden Gemeinden doppelt so hoch ist. Für die offizielle Anerkennung bedarf es jedoch Zugang zu den bürokratischen Institutionen, den viele Gemeinden nicht haben.

Laut einem Bericht, der 2014 von der Bundesregierung veröffentlicht wurde, erfahren 55% der erwachsenen Quilombola Ernährungsunsicherheiten. Die meisten Gemeinden verfügen über keine Infrastruktur für Wasser, Abwasser oder Müllentsorgung.

Beigetragen zu diesem Erfolg hat mit Sicherheit auch die Kampagne #NenhumQuilombolaaMenos unterstützt durch die CONAQ, CPT, AATR, Conectas, Comissão Pró-Índio, Uma Gota no Oceano, Justiça Global sowie Terra de Direitos, die mit insgesamt mehr als 113.000 Unterschriften das Recht auf Land der Quilombolas einforderte.

Aufgrund dieses Präzedenzfalls richteten viele Quilombolas Feierlichkeiten aus. Doch weitere Angriffe der Agrar-Lobby sind bereits am Laufen. Dem STF liegen derzeit andere Klagen vor, die Repressionen gegenüber den armen, ländlichen und indigenen Teilen der Bevölkerung verstärken. Seit 17 Jahren versucht die Agrar-Lobby beispielsweise die Verfassungsänderung PEC 215 durchzubringen, die dem Kongress die finale Entscheidung über die Demarkierung neuer Indigenen und Quilombola-Territorien zuspricht. Heute entscheidet darüber noch die Bundesregierung zusammen mit der Funai.

Quellen:

<https://www.cartacapital.com.br/diversidade/stf-rejeita-acao-que-tentava-derrubar-decreto-sobre-terras-quilombolas>

<http://reporterbrasil.org.br/2017/08/quilombolas-a-luta-pelo-direito-de-existir/>

<https://www.sul21.com.br/opiniaopublica/2018/02/quilombolas-infligem-derrota-historica-bancada-ruralista-por-jacques-tavora-alfonsin/>

<https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/verschnauaufpause-vor-gericht>

Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales

Aktionen | Kampagnen | Veranstaltungen

Cine Brasil Marginal

21., 23.-25.03.2018 in Zürich

Die Filmreihe Cine Brasil Marginal brachte Filme nach Zürich, die von Regisseur*innen, Künstler*innen, sozialen - und Menschenrechtsbewegungen, produziert wurden mit dem Fokus auf Themen und Persönlichkeiten, die abseits stehen. Gezeigt wurde u. a. der Filme „Martírio“ von Vincent Carelli zur Gewalt an den Guarani Kaiowá im Konflikt um ihre traditionellen Territorien. Außerdem fand das Gespräch „Widerstandsbewegungen in Brasilien und Lateinamerika“ statt.

Mehr Informationen: <http://www.taoca.info/>

Unterstützungsaktionen für Ashaninka-Anführer Benki Piyãco

Avaaz.org hat zur Unterstützung Benki Piyãcos eine Petition an das Ministério Público do Estado Acre und den 1. Strafgerichtshof von Cruzeiro do Sul gestartet:

https://secure.avaaz.org/po/petition/Ministerio_Publico_do_Estado_do_Acre_e_1a_Vara_Criminal_de_Cruzeiro_do_Sul_Benki_Piako_pode_ser_condenado_criminalmente/

Die Gesellschaft für bedrohte Völker bitte um Unterzeichnung eines Appells an Brasiliens Präsident Michel Temer:

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/online-petitionen/ashaninka-anfuehrer-aus-brasilien-steht-unschuldig-vor-gericht/>

Projektreise der Kooperation Brasilien

Uta Grunert von der KoBra-Geschäftsstelle war vom 01. bis 29. März 2018 im Rahmen einer Projektreise in Brasilien. Der Aufenthalt beinhaltete u.a. einen Besuch des Projeto Nova Cartografia Social Amazônia in Manaus, die Teilnahme am Weltsozialforum, 13.-17. März in Salvador da Bahia, und am Alternativen Weltwasserforum FAMA 2018, 17.-22. März in Brasília. Anschließend reiste sie mit Vertreter*innen von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Regierungen und internationaler Zusammenarbeit in ländliche Regionen im Norden von Minas Gerais, um sich vor Ort ein Bild über die Auswirkungen von Wasserknappheit und Wasserkonflikten auf die Umwelt und die lokalen Gemeinschaften zu verschaffen.

Brasilicum Nr. 248 „Wahlen, Wut, Widerstand! ...und die neue Macht des Agrobusiness“



Das Heft beschäftigt sich zunächst mit der neuen Macht des Agrobusiness in Brasilien. Die Autor*innen beleuchten die Arbeitsbedingungen auf den Orangensaftplantagen, analysieren die Rolle der Behörden bei Landkonflikten, debattieren Bäuer*innen- Rechte auf internationalem Niveau und dokumentieren den Widerstand von Fischergemeinden gegen die Eukalyptusindustrie.

Im zweiten Teil des Hefts werden die aktuellen politischen Geschehnisse in Brasilien in den Blick genommen. Silvio Caccia Bava von Le Monde Diplomatique Brasil berichtet beispielsweise von der erfolgreichen Crowdfunding Kampagne für die Zeitschrift. Ein

weiterer Medienaktivist, der in diesem Heft zu Wort kommt ist Adriano Belisário, der von Nils Brock interviewt wird. Thomas Fatheuer und Christian Russau erklären, warum es legitim und notwendig ist, den in den Umfragen zu Präsidentschaftswahl zweitplatzierten Bolsonaro als das zu bezeichnen, was er ist. Ein Faschist!

Für die Bebilderung des Heftes ging KoBra dieses Mal neue Wege. Verwendet wurden Bilder der Ausstellung „Offenbarungen von Nhanduru“ von Paola Mallmann und Eugênio Barboza. Diese zeigen die Guarani im Süden Brasiliens.

Das Heft dient gleichzeitig als Tagungsreader für die Frühjahrstagung der Kooperation Brasilien, die vom 13. bis 15. April 2018 in Köln stattfindet.

Die nächste Brasilicum Ausgabe erscheint im Juni 2018 und wird sich mit dem Spannungsfeld zwischen Stadt & Land in Brasilien beschäftigen.

Frühjahrstagung „Wahlen, Wut, Widerstand ...und die neue Macht des Agrobusiness“, 13.-15.04.2018 in Köln

Veranstalter: KoBra – Kooperation Brasilien e.V. und Allerweltshaus Lateinamerika: global-nachhaltig

In Brasilien hat das Agrobusiness in den letzten Jahren weiter an ökonomischer und politischer Macht gewonnen. Allein im letzten Jahr stiegen die Agrarexporte des Landes um 13% gegenüber dem Vorjahr. Im brasilianischen Nationalkongress hält die einflussreiche Agrarfraktion die Fäden in der Hand, wenn es etwa um die Aufweichung der Umweltgesetzgebung oder die Abschwächung der Kontrolle von sklavereiähnlichen Arbeitsverhältnissen geht. „Agro ist Pop, Agro ist Tech, Agro ist alles“ inszeniert der TV-Gigant Rede Globo in einer Werbekampagne den exportträchtigen Sektor als hoch-technisiertes Erfolgsmodell und hippe Entwicklungsperspektive. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung sowie steigendem Fleischkonsum wolle das brasilianische Agrobusiness einen Beitrag zur Welternährung leisten.

Die Schattenseiten des (angeblichen) Erfolgsmodells werden bewusst ausgeblendet. Die Ausweitung von Agrarflächen für Soja oder Zuckerrohr unter massivem Einsatz von Pestiziden und Gensaat geht zu Lasten der lokalen Bevölkerung und artenreicher Ökosysteme; Landkonzentration und sozial-ökologische Konflikte verschärfen sich. Was sind aktuelle Tendenzen im brasilianischen Agrobusiness? Welche Auswirkungen hat dies auf Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerungen in betroffenen Gebieten. Wie setzen sich Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, traditionelle und indigene Völker zur Wehr? Welche

Rolle spielen staatliche Akteure bei Landkonflikten? Wie sind die Zusammenhänge zwischen großen Medien und dem Agrobusiness? Welche Rolle spielen Handelsbeziehungen mit der EU und hiesiges Konsumverhalten bei der Problematik? Zu diesen und anderen Fragen möchten wir auf der Tagung mit unseren Gästen ins Gespräch kommen.

2018 ist auch Wahljahr in Brasilien. Das Land ist nach schwerer Wirtschaftskrise, politischem Machtwechsel und Korruptionsskandalen gesellschaftlich tief gespalten. Dem aussichtsreichsten Kandidaten, Ex-Präsident Lula da Silva, droht nach Verurteilung wegen Korruption eine Haftstrafe. Von den weiteren Kandidat*innen hat der rechtsextreme evangelikale Jair Messias Bolsonaro realistische Chancen, ins Präsidentenamt gewählt zu werden. Soziale Bewegungen und Basisgruppen sehen Menschenrechte und Demo-kratie akut in Gefahr. Wie ist die Einschätzung zur Lage im Wahljahr?

Außerdem werden wir vom vierzehnten Weltsozialforum (13.-17. März 2018 in Salvador da Bahia) Bericht erstatten. In diesem Zusammenhang wollen wir über kreative Kräfte, transformatorische Ideen sowie zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Sozialabbau und den Ausverkauf von Ressourcen, Land und Rechten debattieren.

Zum Programm: https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/2018/copy_of_FJT2018Programmflyer.pdf

Weitere Termine

Brasilien vor der Wahl und der Kampf ums Land – Deutschlandweite Delegationsreise von Vertreter*innen der MST zu Ernährungssouveränität und Rechten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, 9.-21.04.2018

Im April kommen auf Einladung der amig@s do MST Deutschland zwei Vertreter*innen der brasilianischen Landlosenbewegung MST zu einer Rundreise mit einem großen Rahmenprogramm in die BRD. Sie werden über die aktuelle politische Lage und die Auswirkungen auf die soziale Bewegung sowie über den Kampf von Kleinbäuer*innen um Ernährungssouveränität in Brasilien berichten.

Geplant sind u.a. Lobby-Gespräche, Austauschtreffen und Veranstaltungen unter dem Titel „Zivilgesellschaft unter Druck. Zur aktuellen Situation Brasiliens und der Landlosenbewegung MST“:

11.4. 19:00 Uhr mit POEMA, Eine Welt Haus in Stuttgart

12.4. 19:30 Uhr Kulturzentrum, Esslingen am Neckar

13.-15.4. auf der KoBra-Frühjahrstagung, Allerweltshaus in Köln

16.4. 19:00 Uhr im FDCL Berlin

17.4. Kundgebung und Mahnwache zum Internationalen Tag des kleinbäuerlichen Widerstandes vor der brasilianischen Botschaft in Berlin

19.4. 19:00 Uhr „Weltsozialforum in Brasilien zwischen Widerstand und Wahlkampf“ mit KoBra, Katholische Hochschule in Freiburg

20.4. 19:00 Uhr „Kampf ums Land“ mit Gewerkschaftsvertreter*innen der DGB

Intersoli und der Studierendengruppe IDEAS der Universität Mannheim, Universität Mannheim A 5

„Widerstand, Kreativität für Neues und Transformation – 14. Weltsozialforum in Salvador da Bahia, Brasilien“ mit Thomas Fatheuer (KoBra), 3.05.2018 Haus der Jugend/BdkJ, Mannheim

Veranstaltung des Arbeitskreises: Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften im DGB Mannheim

KoBra bei den Lateinamerikatagen Kiel 2018, 26. + 27.05.2018

„Was bleibt? - Über die Umsetzung der SDGs in Brasilien“, 26.05.2018, 11 Uhr

Das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI) veranstaltet als Teil seines SDG-Jahresprogramms die dreiteilige Veranstaltungsreihe „Lateinamerikatage Kiel 2018“ zu Kultur, globaler Entwicklung und Nachhaltigkeit. Dabei sein wird Jan Erler von der KoBra-Geschäftsstelle mit einem Vortrag über den Stand der Umsetzung ausgewählter SDGs in Brasilien aus zivilgesellschaftlicher Perspektive.

tdh Deutschland: Lobby- und Öffentlichkeitsreise zu Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in Brasilien, 25.-29.06.2018

Im Juni organisiert terre des hommes (tdh) Deutschland eine Lobby- und Öffentlichkeitsreise mit tdh-Länderkoordinatorin Bruna Leite und der thd-Jugendelegierten Mariana zum Thema Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche. Hintergrund der Reise ist, dass im vergangenen Jahr sieben Jugendliche aus dem von tdh geförderten Projekt Cedeca Sapopemba in São Paulo ermordet wurden, vermutlich alle von der Polizei. Geplant sind u.a. Veranstaltungen in Osnabrück und Berlin. Genaueres zu der Reise wird noch bekannt gegeben.

tdh-Meldung und Video zur ausufernden Polizeigewalt und dem Mord an Marielle Franco:

<https://www.tdh.de/was-wir-tun/projekte/suedamerika/brasilien/meldungen/jugendliche-protestieren-gegen-gewalt/>